

02	Top News	10	Veranstaltungen Vorschau
02	In eigener Sache	12	Personalnachrichten
02	Hochschulspiegel	12	Aus den Abteilungen
05	Gremien und Arbeitskreise	14	Umweltschutz und Nachhaltigkeit
06	Themenreihe Gesundheit	15	Themenreihe Weltoffene Hochschulen
07	Themenreihe Forschung	16	Veröffentlichungen
09	Veranstaltungen Rückblick		

Liebe Leserin, lieber Leser,

lange haben wir auf eine Verbesserung der Corona-Lage und damit auf eine Rückkehr in die Präsenzlehre gehofft. Die aktuellen Inzidenzen, die täglich neue Höchstwerte erreichen, machen es uns jedoch zurzeit unmöglich, einen normalen Studienbetrieb in Präsenz durchzuführen. Die Corona-Zahlen steigen nicht nur insgesamt in Deutschland, auch bei uns an der Hochschule verzeichnen wir derzeit die höchsten Zahlen seit Beginn der Pandemie. Wir haben uns daher frühzeitig dazu entschieden, das Weihnachtsmoratorium vorerst bis zum 15. Februar 2022 zu verlängern. Alles andere wäre in der aktuellen Situation nicht verantwortlich gewesen.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit unserer Online-Lehre eine gute vorübergehende Alternative besitzen, die sich während der vergangenen zwei Jahre etabliert hat. Dennoch bleibt es natürlich unser Ziel, möglichst viel Präsenzlehre anzubieten – sofern die pandemische Lage dies zulässt.

Trotz Corona-Pandemie gab es vor wenigen Tagen einen Grund zum Feiern: Am 24. Januar 2022 fand die diesjährige

Thesisprämierung statt. Im Rahmen einer Online-Veranstaltung wurden neun Absolventinnen und Absolventen aus den Fachbereichen Polizei und Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung durch NRW-Innenminister Herbert Reul für ihre herausragenden Bachelorarbeiten ausgezeichnet.

Es ist beeindruckend zu sehen, mit welch spannenden, hochaktuellen Themen sich unsere Studierenden beschäftigen und welch großartiges wissenschaftliches Potenzial an unserer Hochschule existiert. Wir können zu Recht stolz auf unsere Nachwuchskräfte sein. Ich wünsche den Prämierten viel Erfolg für die berufliche Zukunft und alles Gute für den weiteren Lebensweg!

Auf ein gesundes und zuversichtliches Jahr 2022!

Ihr

Martin Bornträger
Präsident der HSPV NRW

Top News

Corona-Update

Verlängerung der Online-Lehre

Aufgrund der hohen Infektionszahlen hat sich das Präsidium der HSPV NRW dazu entschieden, das Weihnachtsmoratorium bis zum 15. Februar 2022 zu verlängern. Wie der Studienbetrieb danach fortgeführt werden soll, wird weiterhin lageangepasst und zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Weitere Informationen zur Verlängerung der Online-Lehre finden Sie auf der [Website der HSPV NRW](#).

Präsidiumsbüro Zentralverwaltung

In eigener Sache

Newsletterkalender 2022

Der neue Newsletterkalender für das Jahr 2022 ist da! Sie können von nun an kurzerhand die Termine der Redaktionsschlüsse für das gesamte Jahr sowie die Veröffentlichungszeiträume der einzelnen Ausgaben online einsehen.

Der [aktuelle Newsletterkalender](#) steht auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

Ihr Redaktionsteam der „HSPV Aktuell“

Hochschulspiegel

„Es ist noch lange nicht geschafft“

Hochschulangehörige engagieren sich für Flutopfer

Vor rund sechs Monaten hat die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz über 130 Todesopfer gefordert, viele Existenzen zerstört und finanziellen Schaden in Milliardenhöhe verursacht. Auch Studierende, Lehrende und Mitarbeitende der HSPV NRW waren persönlich oder im nahen Umfeld betroffen; die Studienorte in Gelsenkirchen und Hagen wurden zum Teil beschädigt. Via Website bekundeten die HSPV NRW und die Präsidiumsmitglieder ihr Mitgefühl und gewährten daraufhin einen bis zu dreitägigen Sonderurlaub, um eigene Schäden zu beseitigen oder anderen zu helfen.

HSPV-Präsident Martin Bornträger, dessen Familie in der Region Euskirchen selbst von der Flut betroffen war, ist es wichtig, die Menschen vor Ort so gut es geht zu unterstützen: „Die Katastrophe ist nicht überstanden. Alle Beteiligten werden noch Jahre daran arbeiten, die Regionen wiederaufzubauen.“ Es sei daher entscheidend, weiterhin Zeichen zu setzen. Deshalb griff das Präsidium die Idee von Mitarbeiter André Habbecke auf und prüft derzeit, ob ausgerangiertes Mobiliar aus den Studienorten gespendet werden kann. „Ich wünsche mir, dass auf diesem Wege einige Spenden zusammenkommen und den vielen Betroffenen – Schülern, Kitas, Privatpersonen – den Weg zurück in den Alltag leichter machen.“

Zwei Mitarbeitende berichten von ihren Eindrücken

André Habbecke und Susanna Gerngreif-Bast, HSPV-Mitarbeitende am Studienort in Köln, haben sich in den vergangenen Monaten als Freiwillige in den betroffenen Gebieten engagiert. Sie berichten von ihren Eindrücken und erzählen, warum es so wichtig ist, weiterhin zu helfen.

„Sowas habe ich noch nicht gesehen“, fasst André Habbecke, Medienwart am Studienort in Köln, seine Eindrücke zusammen. Über zehnmal habe er als Freiwilliger im Ahrtal geholfen. Auf die Idee sei er gekommen, als er beim Wandern eine betroffene Person kennengelernt habe. „Anstatt nächstes Wochenende wieder wandern zu gehen, wollte ich dann lieber helfen. Alles andere hätte sich falsch angefühlt.“ Ein Bild, was Habbecke nicht mehr losließe, sei eines, was sich ihm an seinem ersten Tag bot: Kilometerlange und meterhohe Abfälle, die sich entlang einer dreispurigen Bundesstraße aus Autos, Bäumen, Elektrogeräten und anderen Gegenständen stapelten. „Mittendrin ein tonnenschwerer Transporter, der wie ein Spielzeugauto auf dem Kopf stand.“

Habbecke sei an seinem ersten Tag aufgefallen, dass ein Mann ihn immer wieder neu begrüßte – als würde er ihn gerade erst kennenlernen. „Es stellte sich heraus, dass der Mann seine Brille verloren hat. Und vielen anderen ging es genauso“. Daraufhin organisierte er Ersatzbrillen. „Die passten zwar nicht hundertprozentig, aber das funktionierte erstmal.“ Das gleiche galt für Medikamente und andere nützliche Dinge. „Einfach alles wurde weggespült. Kleine und große, persönliche und wichtige Gegenstände.“ Sie machten Platz für Müll, Fäkalien, Tierkadaver und anderen Unrat, der in die Keller und Wohnungen gespült wurde. Eine Aufgabe war es folglich gewesen, die Häuser frei zu machen. „Wir standen mittendrin in dreckigem und stinkigem Gewässer. Den Geruch habe ich noch heute in der Nase.“ Froh sei er, dass er helfen konnte, auch wenn es teilweise nicht einfach war. „Diese Solidarität hat mich einfach mitgerissen. Das war etwas ganz Besonderes und ist nicht in



HSPV-Mitarbeiterin Susanna Gerngreif-Bast (links) hilft zusammen mit vielen Freiwilligen in den betroffenen Gebieten (© Nandini International)

Worte zu fassen. Wenn man abends zusammensaß und den Tag zusammen verarbeitet hat – da hat das Feierabendbier für mich eine ganz neue Bedeutung bekommen.“

Dass es noch immer an so vielem fehle, bestätigt auch Susanna Gerngreif-Bast, Studierendenberaterin am HSPV-Studienort Köln. „Nicht nur helfende Hände, auch offene Ohren werden vor Ort dringend gebraucht.“ Im Swiss- und anschließend im Ahrtal habe sie Fliesen aus Küchen rausgehauen, Putz von den Wänden abgeschlagen und Müll aus den überschwemmten Gärten weggeschmissen. Aber auch viele Gespräche habe sie mit Betroffenen und Freiwilligen geführt. „Wichtig war mir, Mut zu machen und den Betroffenen zu zeigen, was man schon geschafft hat. Und wenn es nur kleine Veränderungen waren.“

Den ausführlichen Artikel zur Flutkatastrophe können Sie auf der [Website der HSPV NRW](#) nachlesen.

Pressestelle Zentralverwaltung

Politische Bildung und Polizei

Promotion erfolgreich abgeschlossen

Im Rahmen des Projekts „Politische Bildung und Polizei“, welches von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird, hat Philipp Kuschewski Ende 2021 seine Promotion zum Thema „Politische Bildung und Polizei. Normative Grundlagen und Gestaltung der Bildungspraxis“ abgeschlossen. Die Betreuung lag bei Prof. Dr. Bernhard Frevel, Zweitgutachter war Dr. Matthias Freise von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Die Arbeit diskutiert die polizeilichen und politischen Anforderungen sowie die Fähigkeiten und Haltungen von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, ordnet diese in bildungspolitische und pädagogische Kontexte ein und unternimmt einen empirischen Soll-Ist-Vergleich der Aus- und Fortbildungspraxis polizeilicher und nicht-polizeilicher Bildungsakteure.

Die Studie formuliert zahlreiche Schlussfolgerungen, die für Polizei(hoch)schulen wie auch für die Polizeipolitik Hinweise zur Verbesserung der politischen Bildung und zur Förderung der demokratischen Resilienz geben. Die Arbeit ist bald im Verlag für Polizeiwissenschaft als Buch erhältlich.

Prof. Dr. Bernhard Frevel Abteilung Münster



V.l.n.r.: Dr. Matthias Freise, Philipp Kuschewski und Prof. Dr. Bernhard Frevel
(© Dr. Matthias Freise)

Umgang von Polizei und Justiz mit antisemitischen Vorfällen

Die Landeshauptstadt Hannover veranstaltete im Rahmen der „Offensive gegen Antisemitismus“ am 9. Dezember 2021 eine Fachtagung, in welcher der Umgang von Polizei und Justiz mit antisemitischen Vorfällen kritisch hinterfragt wurde

Als Referentinnen und Referenten waren neben Helge Regner (Dokumentationsstelle für Antisemitismus) und Rechtsanwältin Dr. jur. Kati Lang auch Prof. Dr. jur. Susanne Benöhr-Laqueur (HSPV NRW) sowie Polizeikommissar Daniel Dertenkötter (Polizeipräsidium Münster) geladen.

Während Herr Regner die Arbeit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen vorstellte und Frau Lang, unter anderem in ihrer Funktion als Vertreterin der Nebenklage im Prozess des Anschlags von Halle, die strafrechtlichen Aspekte von antisemitischen Taten näher erläuterte, befassten sich Frau Benöhr-Laqueur und Herr Dertenkötter mit zwei Rechtsfällen, die in Bezug zur Landeshauptstadt Hannover standen.

Herr Dertenkötter konnte diesbezüglich auf seine – an der HSPV NRW, Studienort Münster – verfasste Bachelorarbeit aus dem Jahre 2020 mit dem Titel „Analyse der Parallelen der Nürnberger Rassengesetze mit den Ideologien der NPD, der AfD und der Identitären Bewegung sowie deren Art der Vermittlung“ zurückgreifen. In diesem Kontext widmete er sich der Homepage des Hannoveraner Arztes Dr. med. Klaus Eike-meier, der nach zwei Verurteilungen wegen Volksverhetzung nach wie vor grenzwertige Zeichnungen auf seiner Website publiziert, zum Beispiel ein stilisiertes Lagertor mit dem Schriftzug „Maske macht frei“ oder einen Durchschnittsbürger, der auf dem Revers einen leuchtend gelben Coronavirus trägt.

Ergänzend analysierte Frau Benöhr-Laqueur, ob und inwiefern Wahlplakate der Partei „Die Rechte“ mit der Aussage „Zio-



Rathaus Hannover (© <https://pixabay.com/de/>)

nismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“ in Kombination mit „Wir hängen nicht nur Plakate! Wir kleben auch Aufkleber“ unter den Straftatbestand der Volksverhetzung fallen. Diese Schilder waren im Mai 2019 im Zuge des Europawahlkampfes bundesweit aufgehängt worden und hatten – so auch in Hannover – strafrechtliche Verfahren zur Folge. In diesem Zusammenhang wurde die Entwicklung der Rechtsprechung dargelegt und die Bedeutung der wegweisen- den Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen ausdrücklich betont.

Zum Auditorium der Fachtagung gehörten neben Politikerinnen und Politikern auch Mitarbeitende des Lehrstuhls von

Prof. Dr. jur. Thilo Marauhn von der Universität Gießen (Forschungsprojekte: „Vom Umgang des Rechts mit Antisemitismus“ und „Seeing Antisemitism Through Law“), Vertreterinnen und Vertreter der Jüdischen Gemeinden Hannover und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Hannover sowie Polizeibeamtinnen und -beamte des Staatsschutzes aus Hannover.

Prof. Dr. jur. Susanne Benöhr-Laqueur & Polizeikommissar Daniel Dertenkötter Abteilung Münster

Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V.

Neues Mitglied im Deutschen Verkehrssicherheitsrat

Die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V. (VOD) hat sich dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) angeschlossen. In seiner jüngsten Sitzung nahm der Hauptausschuss des DVR einen entsprechenden Antrag der VOD an.

Der Geschäftsführende Vorstand der Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V., Peter Schlanstein (Fachkoordinator Verkehr an der HSPV NRW, die zugleich Mitglied der VOD ist), wurde zu den Beweggründen für eine Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrssicherheitsrat befragt:

Welche Akzente möchten Sie mit einer Mitgliedschaft setzen?
„Wir möchten Akzente durch die Erarbeitung von Strategien setzen, etwa zur Verbesserung der Gutachtenarbeit zu psychischen Gesundheitsschäden sowie zur Stärkung von Verkehrsunfallopfern im Umgang mit Verwaltungen, Organisationen und Organen der Rechtsprechung.“

Die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V., gegründet 2011, vertritt als unabhängiger Dachverband die Interessen der deutschen Institutionen und Selbsthilfeeinrichtungen zum Schutz von Verkehrsunfallopfern. Im Rahmen ihrer Organisationsziele (Verbesserung der Verkehrsunfallverhütung und Milderung der Folgen von Verkehrsunfällen für die Opfer) unterstützt sie ihre Mitgliedsorganisationen, zum Beispiel durch politische Aktivitäten, Forschungsprojekte, Netzwerktreffen, Symposien oder fachliche Impulse.



Fahrradunfall mit Kind (© Polizei NRW)

Finanzielle Zuwendungen erhält die VOD ausschließlich aus Bußgeldern, Geldauflagen bei Sanktionen und Spenden. Mitgliedsbeiträge werden nicht erhoben, um die Unabhängigkeit nicht zu gefährden.

In enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Wilfried Echtermann und dem Wissenschaftlichen Beirat, unter der Führung seines Präsidenten Prof. Dr. Bernhard Schlag, leitet Peter Schlanstein die Geschicke des Vereins.

Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)

Gremien und Arbeitskreise

Neukonstitution des Fachbereichsrates Polizei

Mit der Gremienwahl am 9. November 2021 wurde neu über die Mitglieder des Fachbereichsrates Polizei entschieden

Stimmberechtigt seitens der Professorinnen und Professoren beziehungsweise seitens der Dozentinnen und Dozenten sind Stefan Kahl, Prof. Dr. Tobias Trappe, Christiane Bracke-Decker, Sinan Ergolu, Prof. Dr. Frank Hofmann, Prof. Dr. Sascha Kische und Prof. Dr. Daniela Pollich sowie Dr. Holger Nimtz als Vertreter der Abteilungsleitungen. Franz Kurte vertritt die Gruppe der Lehrbeauftragten. Aus der Ausbildungskörperschaft sind Timo Efferoth, Eckhard Kabelitz (Praxis) und Gerhard Wolf (LAFP NRW) stimmberechtigt. Die Interessen der Studierenden werden von Simone Glaubitz, Philipp Kopp und Leon Stahl eingebracht.

Stimmberechtigte Mitglieder und Stellvertretungen

In der ersten Sitzung des Fachbereichsrates Polizei wurde Stefan Kahl von den stimmberechtigten Mitgliedern als Sprecher des Fachbereichsrates wiedergewählt. Die Stellvertretung übernimmt weiterhin Prof. Dr. Tobias Trappe. Nachdem das Organisatorische geklärt war, begann ein „Abstimmungsmarathon“: Es wurde sowohl über die Mitglieder des Verzahnungsgremiums als auch über die Bestellungen der Landesfach- und der Landesmodulkoordinationen entschieden. Zusätzlich wurden die Beauftragten des Fachbereichs gewählt.

Inhaltlich interessant waren für uns vor allem die Ergebnisse der Evaluation zu den Lerngruppen, die im Frühjahr 2021 zum ersten Mal angeboten wurden und von nun an (mit einem weiterentwickelten Konzept) dauerhaft realisiert werden sollen. Es gab allerdings auch kritische Diskussionen, zum Beispiel zur Qualität im Prüfungswesen. Hier soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Qualitätssicherung erarbeiten und dem Fachbereichsrat vorstellen.

Im weiteren Verlauf wurden Ziele und Aufgaben des Fachbereichsrates Polizei thematisiert. Da für solche Fragen eine Sitzung allein nicht ausreicht, haben wir beschlossen, in Kürze eine Klausurtagung durchzuführen, in der es ausschließlich um die Schwerpunkte während der zweijährigen Wahlperiode gehen soll.

Wichtige Themen des Rates sind beispielsweise die Integration der Online-Lehre als fester Bestandteil neben der Präsenzlehre im Studiengang Polizeivollzugsdienst (PVD) und die Verringerung der Drop-Out-Quote. Ein fortlaufendes Anliegen ist wei-



Mitglieder des neu gewählten Fachbereichsrates Polizei (© HSPV NRW)

terhin die Anpassung des derzeitigen Corona-Managements an aktuelle Entwicklungen der Pandemie.

Als Studierende konnten wir einen tieferen Einblick in die Aufgaben des Fachbereichsrates Polizei und in unsere eigene Rolle als dessen stimmberechtigte Mitglieder bekommen. Als Vertretung der Studierendenschaft repräsentieren wir die Meinung der PVD-Studierenden. Um zu vermeiden, dass wir nur unsere eigene Perspektive einbringen, möchten wir die Meinung und die Sicht der Studierenden durch Umfragen in die Sitzungen des Fachbereichsrates einbringen. Dabei hoffen wir auf die Unterstützung unserer Mitstudierenden.

Simone Glaubitz, Philipp Kopp und Leon Stahl
Studienort Mülheim an der Ruhr, Gruppe der Studierenden des Fachbereichsrates Polizei

Themenreihe Fürsorge und Gesundheit

Blut spenden, Leben retten

Blutspendeaktion an der HSPV NRW

In Deutschland werden täglich etwa 15.000 Blutspenden benötigt – sei es für die Akuthilfe bei Unfällen, in der Krebstherapie oder für planbare Operationen. Durch den demografischen Wandel fallen jedoch immer mehr Spenderinnen und Spender altersbedingt oder aufgrund gesundheitlicher Probleme weg. Umso wichtiger ist es, dass vermehrt jüngere Menschen Verantwortung übernehmen und die Blutversorgung weiterhin sichern.

Am 10. Februar 2022 führt die HSPV NRW daher in Kooperation mit dem DRK-Blutspendedienst West in der Zeit von 9.30 Uhr bis 13.30 Uhr eine große Blutspendeaktion auf dem Gelände der Zentralverwaltung am Haidekamp in Gelsenkirchen durch. Die Aktion richtet sich an Studierende und Beschäftigte der Hochschule sowie an deren Angehörige.



© Gina Sanders - stock.adobe.com

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann [buchen Sie jetzt online Ihren Termin!](#)

Weitere Informationen rund um das Thema Blutspenden finden Sie auf der [Website des DRK-Blutspendedienstes West](#). Dort finden Sie auch einen „[Spende-Check](#)“, mit dem Sie feststellen können, ob Sie für eine Blutspende infrage kommen.

Daniel Belavić Zentralverwaltung

Themenreihe Forschung

Forschungsbericht vorgestellt

Schutz und Sicherheit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Kurz vor der Weihnachtspause wurde das ressortübergreifende Projekt „Schutz und Sicherheit für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ von Forschenden des Instituts für Polizei- und Kriminalwissenschaften in einer Präsenzveranstaltung im NRW-Innenministerium vorgestellt.

Innenminister Herbert Reul zeigte sich beeindruckt von der schnellen Teamarbeit und von den Ergebnissen – ob Präventionsnetz und -leitfaden, Internetseite oder Forschungsbericht. Die HSPV NRW war für die wissenschaftliche Beratung der nordrhein-westfälischen Initiative und den Forschungsbericht verantwortlich.

Die Initiative soll zukünftig noch weitergehen: Unmittelbar nach dem Termin im Ministerium hat die Interministerielle Arbeitsgruppe „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ über den Entwurf einer entsprechenden Kabinetttvorlage beraten.

Zwischenzeitlich wurde die Ressortabstimmung initiiert. Ziel ist, dass das Landeskabinett bereits im Januar die Projekter-



Polizeipräsident Falk Schnabel (vorne), Leiter der Interministeriellen Arbeitsgruppe, und Ralf Hövelmann, LAFP NRW (© HSPV NRW)

gebnisse zur Kenntnis nimmt und das Projekt in den „Wirkbetrieb“ mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne übergeht.

Prof. Dr. Vanessa Salzmänn und Dr. Claudia Kaup
Abteilung Münster, Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften

Dienstliche Beurteilungen in Stellenbesetzungsverfahren

Im Rahmen eines Forschungsprojekts, welches mit Mitteln des Instituts für Personal und Management gefördert wurde, stand die dienstliche Beurteilung als Instrument der Bestenauslese im Sinne des Leistungsprinzips nach Art. 33 Abs. 2 GG auf dem Prüfstand

Zum einen wurde die empirische Evidenz im Hinblick auf die prognostische Validität überprüft, zum anderen wurden die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit Stellenbesetzungsverfahren im öffentlichen Dienst durchleuchtet. Hierbei wurde auch ein besonderer Blick auf die Zusammensetzung des Bewerberkreises geworfen, da dienstliche Beurteilungen nur dann zwingend der Bestenauslese unter den Bewerberinnen und Bewerbern zugrunde zu legen sind, wenn eine (spätere) Beförderung einer verbeamteten Bewerberin beziehungsweise eines verbeamteten Bewerbers beabsichtigt ist. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass in vielen Fallkonstellationen nicht auf dienstliche Beurteilungen für Auswahlentscheidungen zurückgegrif-

fen werden muss, etwa dann, wenn ausschließlich tarifbeschäftigte Bewerberinnen und Bewerber zu einem Stellenbesetzungsverfahren zugelassen worden sind oder wenn die Auswahlentscheidung lediglich Grundlage für einen statusgleichen Wechsel einer Beamtin oder eines Beamten sein soll.

Damit ist der Praxis anzuraten, im Vorfeld eines Auswahlverfahrens den jeweiligen Kreis der Bewerberinnen und Bewerber genau zu konkretisieren. So müssten etwa nach Art. 33 Abs. 4 GG „hoheitsrechtliche“ Aufgaben ausschließlich Beamtinnen und Beamten vorbehalten bleiben, Bewerbungen von tarifbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wären demnach nicht zuzulassen.

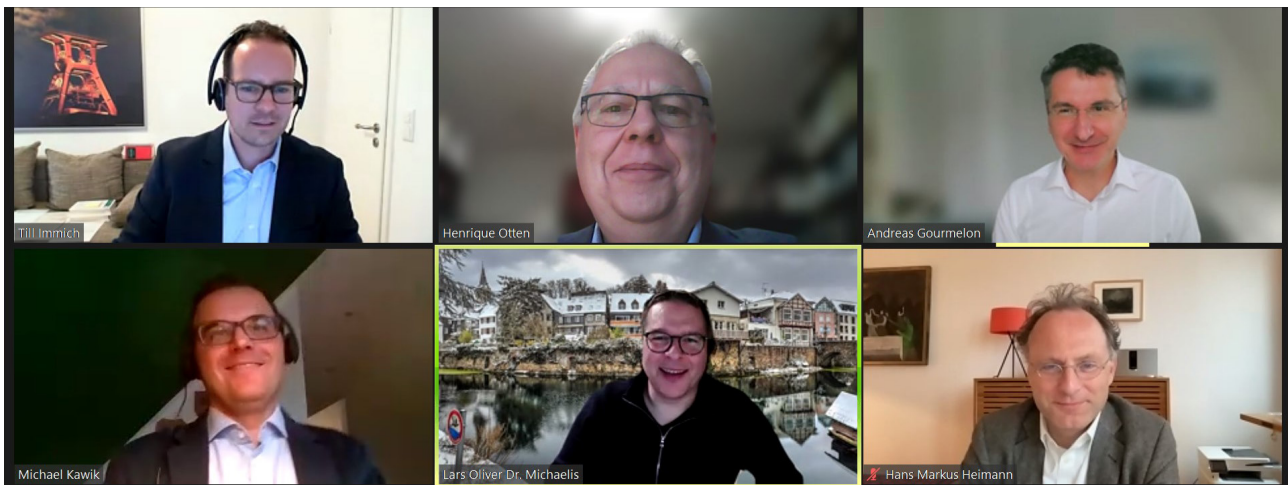
Diese und weitere Ergebnisse des Forschungsprojekts wurden bereits der Fachöffentlichkeit vorgestellt (Gourmelon, Hoffmann & Lindberg: Dienstliche Beurteilungen, Der Öffentliche Dienst, 4/2021, 85-92). Eine weitere umfassende Veröffentlichung zu Stellenbesetzungsverfahren ist in Vorbereitung.

Prof. Dr. Boris Hoffmann Abteilung Köln

Prof. Dr. Andreas Gourmelon Abteilung Gelsenkirchen

Austausch über Bund-Länder-Grenzen

Kooperation von Mitgliedern des Instituts für Personal und Management (IPM) mit dem Mannheimer Institut für Personalmanagement (MAIPM)



Die Teilnehmenden inmitten des gemeinsamen fachlichen Austauschs (© HSPV NRW)

Das IPM der HSPV NRW und sein Sprecher Prof. Dr. Henrique Ricardo Otten können nicht nur auf das zehnjährige Bestehen des Instituts zurückblicken, sondern vor allem auf zehn Jahre des fachübergreifenden kollegialen Austauschs. „Forschung als Auftrag“ wird von den achtzehn Mitgliedern des Instituts gelebt, wovon vor allem die Studierenden der HSPV NRW profitieren können.

In ähnlicher Weise hat sich das MAIPM von den wissenschaftlichen Werten und der Zusammenarbeit her seit dem Gründungsjahr 2020 aufstellen können. Wie auch im IPM werden hier fachübergreifende Kompetenzen gebündelt. Das MAIPM ist aus der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund, Fachbereich Bundeswehrverwaltung) heraus entstanden.

Der HS Bund obliegt es, als verwaltungsinterne Hochschule die Ausbildung des Nachwuchses für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Bundesverwaltung sicherzustellen. Für die Bundeswehr, die zu den Bereichen mit der größten Anzahl an Beschäftigten zählt, übernimmt diese Aufgabe der Fachbereich der Bundeswehrverwaltung. Auch hier werden die Studieren-

den während eines dreijährigen dualen Studiums auf ihre künftigen Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung vorbereitet. Dazu gehört, wie in NRW, selbstverständlich auch das breite Spektrum des Personalmanagements, welches auch über das Rechtliche hinaus für viele Absolventinnen und Absolventen zu den zentralen Themen in der späteren beruflichen Praxis gehört.

Trotz der Corona-Pandemie und der starken Einschränkungen hat sich im Jahr 2021 ein digitaler fachlicher Austausch mit Prof. Dr. Michael Kawik (MAIPM), Prof. Dr. Lars Oliver Michaelis (stellvertretender Sprecher des IPM) und Dr. Till Immich (IPM) entwickelt.

Anlässlich eines Treffens von Mitgliedern des IPM und des MAIPM am 16. November 2021 ist nun eine Kooperation von Herrn Prof. Dr. Michaelis und Herrn Dr. Immich mit dem MAIPM entstanden. Die gemeinsame Forschung soll dabei die Personalbindung und -gewinnung im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen untersuchen, zum einen mit Blick auf den laufbahnrechtlichen Zugang und zum anderen mit Blick auf die Besoldung und Versorgung.

Daneben konnten sich die Lehrenden bei dem Treffen auch über die besondere Lehr- und Lernsituation in der Online-Lehre austauschen. Prof. Dr. Andreas Gourmelon (IPM), der im September im Rahmen des rollierenden Sprecherwechsels den „Ball“ an Herrn Prof. Dr. Otten abgegeben hatte, und Prof. Dr. Hans Markus Heimann von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung, Mitglied des MAIPM) tauschten sich hierbei über das Thema „Best-Practice“ und ihre Erfahrungen intensiv aus.

Des Weiteren sprach Herr Prof. Dr. Kawik eine Einladung an das IPM aus. Am 19. Mai 2022 wird das MAIPM eine Tagung zum Themenbereich „Personalgewinnung, Personalbindung, Personalentwicklung“ in Mannheim veranstalten. Aufgrund der Gemeinsamkeiten ist es nicht unwahrscheinlich, dass auch Lehrende der HSPV NRW beim „Mannheimer Dienstrechtsforum“ als Vortragende ihre Expertise einbringen werden. Mit ähnlichen Veranstaltungen konnte das IPM selbst in den vergangenen Jahren Theorie und Praxis personell vereinen. Die positiven Rückmeldungen zeigen, wie wichtig solche Veranstaltungen für Personalverantwortliche sind. Mit Blick auf die Tagung des MAIPM wird in einem weiteren Treffen – das im nächsten Frühjahr nach Möglichkeit in Präsenz in Gelsenkirchen realisiert werden soll – ein weiterer Austausch zwischen den Mitgliedern des IPM und des MAIPM stattfinden.

Interessierte können sich über die Forschung der Institute im Internet informieren:

- [Informationen zum IPM](#)
- [Informationen zum MAIPM](#)

Dr. Till Immich Abteilung Gelsenkirchen, Studienort Dortmund

Veranstaltungen Rückblick

Online-Partizipation in nordrhein-westfälischen Kommunen

Am 26. November 2021 fand das 4. Praxissymposium des NRW-Forschungskollegs Online-Partizipation statt

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Veranstaltung nicht, wie ursprünglich geplant, im Städtesaal der HSPV NRW in Köln durchgeführt werden, sondern wurde kurzfristig in ein Online-Format überführt. Abteilungsleiter Dr. Holger Nimtz ließ es sich dennoch nicht nehmen, die mehr als 50 Teilnehmenden aus Praxis und Wissenschaft zu begrüßen und auf den hohen Erkenntnisgewinn der Forschung des Kollegs für die „Stärkung unserer Demokratie“ hinzuweisen.

Im Zentrum der Veranstaltung standen aktuelle Berichte aus der kommunalen Praxis zur Online-Partizipation in nordrhein-westfälischen Kommunen. Beispielsweise berichtete der Kämmerer der Stadt Duisburg, Martin Murrack, vom Duisburger Serviceportal und stellte verschiedene Formate der Online-Bürgerpartizipation in Zeiten von COVID-19 vor. Dabei betonte er, dass die Akzeptanz von Online-Beteiligung während der Pandemie gestiegen sei.

Denes Küçük, Chief Digital Officer der Stadt Bochum, erläuterte den Gesamtprozess der digitalen Transformation in Bochum, die nicht nur die Stadtverwaltung betrifft, sondern auch Infrastruktur, Wirtschaft, Wissenschaft, Mobilität, Umwelt und Gesellschaft. Auch in Bochum konnten die Bürgerinnen und Bürger über verschiedene (Online-)Partizipationsverfahren – wie etwa Bürgerkonferenzen – wertvolle Beiträge für den Gesamtprozess leisten.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war das „Servicekonto NRW“, das zunächst aus der Perspektive des Dachverbands der kommunalen IT- Dienstleister vorgestellt wurde und anschließend aus der „Anwenderperspektive“ der Stadt Paderborn.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden aktuelle Forschungsergebnisse der Kollegiatinnen und Kollegiaten des NRW-Forschungskollegs präsentiert. Maria Becker, Doktorandin an der HSPV NRW, berichtete von den Ergebnissen einer Befragung aller NRW-Kommunalverwaltungen aus 2020 zu der Fragestellung, ob und inwieweit die Corona-Pandemie als Katalysator der Verwaltungsdigitalisierung dient. Im Rahmen der Erhebung konnten wertvolle Daten zum Stand der Digitalisierung in den Kommunen, zu Veränderungen, die durch die Pandemie angestoßen wurden sowie zu Perspektiven und Herausforderungen der Digitalisierung gewonnen werden. Die Veranstaltung schloss mit einem Beitrag zur „Öffentlichkeitsbeteiligung aus Dienstleisterperspektive“, in dem Rollen und Perspektiven von Beratungsunternehmen im Kontext von Online-Partizipationsverfahren kritisch beleuchtet wurden.

Die hohe Anzahl der Teilnehmenden aus den Kommunen, aus der Landesverwaltung und aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie die konstruktiven Diskussionen zwischen Praktikerinnen und Praktikern beziehungsweise Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ließen den Sprecher des Forschungskollegs, Prof. Dr. Martin Mauve, zum Ende der Veranstaltung eine positive Bilanz ziehen.

Prof. Dr. Katrin Möltgen-Sicking Abteilung Köln, Studienort Aachen

Veranstaltungen Vorschau

Weiterbildung Intern

Die Veranstaltungen für die Jahre 2022 und 2023 stehen Ihnen im Bereich „Weiterbildung Intern“ auf der Website der HSPV NRW zur Verfügung.

Februar 2022		
07./08.02.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 1 (Gesprächsführung)	online
10.02.2022	Podcasts für digitales Lehren und Lernen produzieren (Termin 1/3)	online
17.02.2022	Podcasts für digitales Lehren und Lernen produzieren (Termin 2/3)	online
21./22.02.2022	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 24	online
24.02.2022	Podcasts für digitales Lehren und Lernen produzieren (Termin 3/3)	online
März 2022		
08.03.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Stressbewältigung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
08./09.03.2022	Schreiben in die Lehre bringen	online
24./25.03.2022	Lernförderliche Rückmeldungen	BEW Duisburg
April 2022		
25./26.04.2022	TSK 2	Lichthof, Gelsenkirchen

Mai 2022		
02.-04.05.2022	TSK 3 (Fachbereich Polizei)	BEW Duisburg
10.05.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Austausch und Reflexion	HSPV NRW, Zentralverwaltung
10./11.05.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Moderation und Analyse von Gruppenprozessen	BEW Duisburg
12./13.05.2022	TSK 1	Lichthof, Gelsenkirchen
17.05.2022	Motivation der Studierenden	online
19./20.05.2022	Der Weg zum besseren Gedächtnis	online
31.05.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Abschlussveranstaltung	HSPV NRW, Zentralverwaltung
Juni 2022		
02./03.06.2022	TSK 2	Lichthof, Gelsenkirchen
09.06.2022	Diversität – was nun?	online
23./24.06.2022	TSK 3, Fachbereich AV/R	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
August 2022		
16.08.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Austausch und Reflexion	HSPV NRW, Zentralverwaltung
25./26.08.2022	HD-Crashkurs	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
29./30.08.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 2 (Deeskalierende Kommunikation und Konfliktmanagement)	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
September 2022		
01./02.09.2022	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 25	Die Wolfsburg, Mülheim a. d. Ruhr
13./14.09.2022	Professionell lehren, Basis 1, Gruppe 26	BEW Essen
22./23.09.2022	Textarbeit	Lichthof, Gelsenkirchen
29./30.09.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Moderation und Analyse von Gruppenprozessen	BEW Duisburg
Oktober 2022		
13./14.10.2022	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 25	online
18./19.10.2022	Professionell lehren, Basis 2, Gruppe 26	Lichthof, Gelsenkirchen
November 2022		
15./16.11.2022	Professionell lehren, Basis 3, Gruppe 26	BEW Essen
24./25.11.2022	Professionell lehren, Basis 3, Gruppe 25	Lichthof, Gelsenkirchen
Dezember 2022		
13./14.12.2022	Professionell lehren, Basis 4, Gruppe 26	BEW Duisburg
13./14.12.2022	TSK-Trainerqualifizierung: Kommunikation Teil 3 (Rollentraining)	Lichthof, Gelsenkirchen
Januar 2023		
12./13.01.2023	Professionell lehren, Basis 4, Gruppe 25	Lichthof, Gelsenkirchen

Kontakt

Sabrina Käseler, Tel.: 0209 1659 - 1230; Laura Kucharzewski, Tel.: 0209 1659 - 1290
weiterbildung-intern@hspv.nrw.de



Personalnachrichten

Aus der Verwaltung

Einstellungen

Herzlich willkommen an der HSPV NRW!

- Seit dem 1. Dezember 2021 ist Monika Rössel für das Forschungsprojekt „PEP“ tätig.
- Am 1. Januar 2022 hat Marcel Fuß seine Tätigkeit am Studienort Köln aufgenommen.
- Das Forschungsprojekt „PEP“ wird seit dem 10. Januar 2022 durch Benjamin Reeve unterstützt.
- Thomas Kolander ist seit dem 3. Januar 2022 im Dezernat 22.4 beschäftigt.
- Zum 3. Januar 2022 hat Rüdiger Weiß seinen Dienst in der Stabsstelle Digitalisierung und Hochschulentwicklung aufgenommen.

Vorstellungen



Mein Name ist Jana-Andrea Frommer. Seit November 2021 bin ich wissenschaftliche Mitarbeiterin im BMBF-Forschungsprojekt EMPATHIA³ (Empowering Police Officers and Teachers in Arguing Against Antisemitism) an der HSPV NRW in Gelsenkirchen.

Während und nach meinem sozialwissenschaftlichen Studium, mit Schwerpunkt in Sozial- und Kulturpsychologie sowie der Anwendung qualitativer Methoden, war ich an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster tätig. Meine Forschungs-

schwerpunkte lagen dort neben Themen der Kriminalprävention insbesondere im Bereich Einsatz- und Krisenmanagement im Zusammenhang mit Flucht und Migration sowie im Bereich interorganisationaler und transdisziplinärer Zusammenarbeit. Seit Januar 2020 befinde ich mich in Weiterbildung auf dem Gebiet der personenzentrierten Psychotherapie.

Ich freue mich sehr über meine neue Aufgabe an der HSPV NRW sowie auf den Austausch und die Zusammenarbeit bei zukünftigen Gelegenheiten!

Jana-Andrea Frommer Abteilung Gelsenkirchen

Aus den Abteilungen

DO

Politik praktisch

Polizei trifft auf praktische Politik im Fach Politikwissenschaft: Der Bonner Landtagsabgeordnete Dr. Christos Katzidis war am Nikolaustag gleich in drei Kursen des Polizeivollzugsdienstes am Studienort Dortmund zu Gast

Christos Katzidis stand den Studierenden der Dortmunder Polizeikurse DO P21/04, P21/51 und P21/52, nach Einladung von Dozent Christoph Koerdt, im Fach Politikwissenschaft während eines Zoom-Meetings Rede und Antwort.

Der heutige Politiker war früher selbst Polizeibeamter, durchlief in seiner über 25-jährigen Dienstzeit verschiedene Stationen vom mittleren über den gehobenen bis hin zum höheren Dienst und war vor seinem Landtagsmandat auch hauptamtlich Lehrender für Einsatzlehre und Eingriffsrecht an der HSPV NRW. Diese nach eigener Aussage verschiedenen „Perspektivwechsel“ seien sehr

wertvoll gewesen. „Ich war immer sehr basisorientiert“, blickt Katzidis auf seinen Werdegang zurück und betont die Bedeutung für seine Führungskultur als späterer Vorgesetzter.

Katzidis ist seit 2017 für die CDU als Mitglied des Landtags NRW aktiv. Als Mitglied des Innenausschusses und dortiger Sprecher seiner Fraktion sowie als Vertreter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Fall Anis Amri, sind polizeiliche Themen für ihn nicht nur aufgrund seiner eigenen Biographie ein zentrales Anliegen.

In den drei jeweils 90-minütigen Diskussionen wurden zahlreiche aktuelle Aspekte der inneren Sicherheit und die veränderten Aufgaben der Polizei diskutiert. Ob Extremismus, Clankriminalität, Gefahrenabwehr im Internet, Terrorismus, Corona-Schutzmaßnahmen oder die Legalisierung von Cannabis: Katzidis hatte zu jedem Thema eine Antwort und eine Meinung. Auch zur inneren Struktur und zur öffentlichen Wahrnehmung der Polizei in einer „Mediendemokratie“ hatten die Studierenden zahlreiche Fragen.

Katzidis unterstrich die Bedeutung der praktischen und hochschulischen Ausbildung, auch bei der Prävention von Extremismus und Fehlverhalten innerhalb der Organisation. Der



Landtagsabgeordneter Dr. Christos Katzidis
(Foto: Wolfgang Hübner-Stauf, © Dr. Christos Katzidis)

Abgeordnete wünscht sich zugleich in der Politik mehr Rückhalt für die Polizei. Der Wunsch nach Veränderung war rückblickend auch sein Antrieb zum Einstieg in die Politik. Polizist wollte er jedenfalls „immer schon“ werden. Ob er als Politiker manchmal Sehnsucht nach der Polizeiarbeit hat? „Ja, klar!“

Christoph Koerdt Abteilung Gelsenkirchen,
Studienort Dortmund

MS

Mobile Impfkation in Münster

359 Booster-Impfungen an drei Tagen

Lehrende, Verwaltungsangehörige und Studierende des Studienorts Münster hatten im November und Dezember vergangenen Jahres die Möglichkeit, ihren Impfschutz aufzufrischen. Insgesamt konnten drei Termine realisiert werden, die allesamt auf großes Interesse stießen: So haben sich am 26. November sowie am 3. und am 10. Dezember über 350 Personen am Studienort Münster impfen lassen. Verimpft wurden die Vakzine von BioNTech und Moderna.

Die Booster-Impfungen wurden durch eine ortsansässige Hausärztin in den Räumlichkeiten der HSPV NRW durchgeführt. Das Impfangebot richtete sich in erster Linie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung, hauptbeziehungsweise nebenamtlich Lehrende und Studierende des Studienorts Münster.

Im Anschluss an die Impftermine gab es zahlreiche positive Rückmeldungen. Viele freuten sich über die kurzfristige und



© kebox - stock.adobe.com

unkomplizierte Möglichkeit, ihre Auffrischungsimpfung noch vor Weihnachten zu erhalten. Für 2022 sind weitere Impfangebote geplant.

Pressestelle Zentralverwaltung

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Warum wir im neuen Jahr weitere Schritte in Richtung Klimaschutz und Klimagerechtigkeit gehen müssen

Um die Ausgangslage ein wenig zu umreißen, schauen wir uns in allen Richtungen um: Als erstes richten wir den Blick nach oben in den Gasometer Oberhausen. Danach schauen wir zurück und sortieren einige Ausgangsbedingungen, die uns 2021 zum Beginn des neuen Jahres hinterlassen hat. Abschließend richten wir den Blick nach vorn, um unsere Vorstellungen von Klimagerechtigkeit zu verdeutlichen.

Der Blick nach oben

Im stillgelegten Gasometer in Oberhausen ist noch bis zum 30. Dezember 2022 die Ausstellung „Das zerbrechliche Paradies“ zu sehen. Anhand von großformatigen Fotografien wird die einzigartige Schönheit aller Kontinente unseres Planeten in Szene gesetzt. Daneben werden auch die Konsequenzen angedeutet, die das menschliche Handeln im Zeitalter des Anthropozäns hat und noch haben wird (das heißt, in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist). Höhepunkt der Ausstellung ist der Blick in den 100 Meter hohen Luftraum des Gasometers in der zweiten Etage. Dort hängt eine riesige Erdkugel, auf die eindrucksvolle Satellitenbilder projiziert werden, etwa von Kontinenten im Tag- und Nachtwechsel. Die Besucherinnen und Besucher liegen auf extra ausgelegten Kissen und blicken auf die Erde – wie in den Himmel.

Der Blick zurück

Die Schlagzeilen auf globaler Ebene drehten sich im letzten Jahr unentwegt um die drei Themen, die uns weiter dauerhaft beschäftigen werden: Sicherheit, Pandemie und Klimakrise. Auf der UN-Weltklimakonferenz in Glasgow (COP26) einigte man sich vage darauf, längerfristig aus der Kohle auszusteigen

und Subventionen für fossile Energien abzubauen. Ungeachtet des 6. Sachstandsberichts des Weltklimarates, der befürchtet, dass ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur über 1,5 Grad droht, wenn nicht sofort gehandelt wird. Schließlich warnt die Weltorganisation für Meteorologie vor weiter steigenden CO₂-Werten in der Atmosphäre.

Der deutsche Klimawissenschaftler Klaus Hasselmann erhält den geteilten Physik-Nobelpreis, weil seine Arbeiten es ermöglicht haben, „in den wilden Fluktuationen des Wetters die menschengemachte globale Erwärmung nachzuweisen.“ (SZ, 6.10.2021)

Auf der europäischen Ebene legt die Kommission Gesetzesvorschläge für die Umsetzung des „Green Deal“ vor. Deutschland erlebt einen Wahlkampf, bei dem viel vom Klima, aber wenig von den damit verbundenen Zumutungen gesprochen wird. Klimaaktivistinnen und -aktivisten, die sich als „die letzte Generation“ bezeichnen, fordern mit einem Hungerstreik (ermutigt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Rechten der kommenden Generationen) von den drei Kanzler-Kandidat/innen ein öffentliches Gespräch. Leider kam dies nur mit Olaf Scholz zustande.

Die neue Drei-Parteien-Regierung beschreibt ihre Ziele im Koalitionsvertrag: „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Es gibt erstmals ein Superministerium für Klima und Wirtschaft.

Das Juli-Hochwasser in drei Bundesländern fordert ca. 180 Todesopfer, zerstört Pläne und Hoffnungen und verursacht Schäden in Höhe von etwa 30 Milliarden Euro.

Den ausführlichen Beitrag zu diesem Thema können Sie [hier](#) nachlesen.

Dr. Werner Glenewinkel & Prof. Dr. Erhard Treutner

Themenreihe Weltoffene Hochschulen

Menschenrechtsbildung

Ein Weg zur Weltoffenheit

Dass es an der HSPV NRW die Initiative „Weltoffene Hochschule“ gibt, ist auch ein Zeichen dafür, dass der Umgang mit Diskriminierung, Ausschluss und Menschenfeindlichkeit eine noch nicht erledigte, vielleicht sogar fortwährende Aufgabe ist. Ähnlich verhält es sich mit der Menschenrechtsbildung. Einerseits wird auf die in den Grundrechten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland konkretisierten Menschenrechte in vielen Studienfächern Bezug genommen. Von diesen nicht bloß abstraktes Wissen aus den Vorlesungen zu besitzen, sondern auch fähig zu sein, sie im Alltag wahrzunehmen und sich für die eigenen sowie die Rechte anderer einzusetzen, verlangt jedoch zusätzliche Anstrengungen.¹

Wann sind also Weltoffenheit und der Universalismus der Menschenrechte nicht nur ein ehrenwertes Ziel, sondern können im Alltag erlebt und erfahren werden? Dieser Frage könnte man nun begegnen, indem inhaltlich Werte und Haltungen von Studierenden oder methodisch die Verbesserung von Praxisrelevanz in der Lehre diskutiert werden. Doch für eine Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Weltoffenheit und Menschenrechten im Alltag ist es wichtig, an Erfahrungen von Ausschluss und Menschenfeindlichkeit anzuknüpfen.

Wie diese sich im Leben von Menschen auswirken können, lässt sich am Beispiel Jean Améry's Schilderung seiner Erfahrung von Menschenfeindlichkeit erläutern.² Als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus überlebte er Folter sowie Shoa und hat seine Erfahrung von Menschenfeindlichkeit damit beschrieben, dass der Mitmensch ihm zum Gegenmenschen wurde. Das heißt, in der rassistischen Ausgrenzung, schließlich in der Folter, wurden seine Persönlichkeit und Hilfsbedürftigkeit missachtet, er wurde zum Feind und Störfaktor reduziert. Seine Schilderung zeigt uns, wenn der Mitmensch zum Gegenmenschen wird, kann man sich selbst in Alltagsbegegnungen nicht sicher sein, ob die eigene Existenz respektiert und notfalls geschützt wird. Um zu verstehen, wie solche Erfahrungen das Leben prägen, müsste man also diejenigen fragen, die missachtet und als Störfaktor betrachtet werden, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, einer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder aus welchen Gründen auch immer. Solche Erfahrungen sind für das Leben prägend, in extremen Fällen, wie bei Améry – er hat den Freitod gewählt – nicht zu bewältigen. Doch in einer demokratischen Gesellschaft, in der jede und jeder gleich zählt, ist es möglich und notwendig etwas dafür zu tun, damit wir einander als Mitmenschen respektieren: Das heißt bei allen Differenzen und Widersprüchen den anderen als achtungs- und schutzwürdig wahrzunehmen.

WELTOFFENE HOCHSCHULEN GEGEN FREMDEN- FEINDLICHKEIT

Menschenrechtsbildung kann einen Weg aufzeigen, anderen und sich als Mitmenschen zu begegnen. Dies beginnt bereits in der Lehre und im Hochschulalltag. Die Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung beschreibt diese Herausforderung als Bildung durch Menschenrechte (Art. 2 Abs. 2 (b)). Demnach sind die Perspektiven und Erfahrungen aller Lernenden, aber auch Lehrenden, einzubeziehen. Der Universalismus der Menschenrechte ist somit nicht allein abstrakter Inhalt, sondern zeigt sich in der Form der Lehren und des Lernens, wo jede und jeder als Individuum mit besonderen Anliegen ernst genommen wird.

Eine Institution wie die HSPV NRW kann jedoch nicht allein in dieser Hinsicht ein Ort sein, an dem man anderen als Mitmenschen begegnet. Sie kann dies auch sein, indem sie jeder und jedem die Möglichkeit gibt, die Hochschule mitzugestalten und die eigenen Rechte zur Mitwirkung wahrzunehmen. In der Erklärung der Vereinten Nationen wird dies als Bildung für Menschenrechte beschrieben (Art. 2 Abs. 2 (c)). Hierzu bestehen bereits bei der Mitwirkung in den Gremien der Hochschule verschiedene Möglichkeiten, auch für Studierende. Doch dies kann auch im Alltag noch vielmehr bedeuten, etwa Mitmensch zu sein, indem man fähig ist, Kritik zu äußern und dabei Differenzen auszuhalten.

Dann ist einer Institution keiner, der ihr angehört, schicksalhaft ausgeliefert, sondern man kann sie mitgestalten, ob auf formalen Wegen in Gremien oder indem man sich in alltäglichen Situationen einbringt und einmischt. Genauso ist Weltoffenheit nicht einfach so gegeben und kann nicht beschlossen werden. Sie kann entstehen, indem jeder und jede täglich anderen als Mitmenschen gegenübertritt. Weil sich nicht von selbst versteht, was das alles bedeuten und umfassen kann, braucht es auch Menschenrechtsbildung.

Dr. Emanuel John Abteilung Duisburg,
Studienort Mülheim an der Ruhr

¹ Vgl. Ahmed, Sarah, 2012, On Being Included. Racism and Diversity in Institutional Life, Durham/London, 19 ff.

² Vgl. Améry, Jean, 2015, Jenseits von Schuld und Sühne: Bewältigungsversuche eines Überwältigten, Stuttgart, 51 ff.

Veröffentlichungen

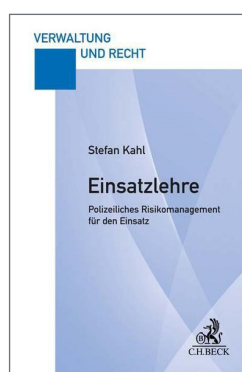
Einsatzlehre

Polizeiliches Risikomanagement für den Einsatz

Das Fachbuch „Einsatzlehre – Polizeiliches Risikomanagement für den Einsatz“ ist im November 2021 im Beck-Verlag erschienen und gibt einen breiten Überblick über die Inhalte und Methoden polizeilicher Einsatzlehre zur Bewältigung von Sofort- und Zeitlagen.

Das Besondere an dieser Publikation ist die ausführliche Auseinandersetzung mit der Methodik zur polizeilichen Einsatzplanung. Es handelt sich um das erste Werk, in dem eine Brücke vom polizeilichen Planungs- und Entscheidungsprozess zum Risikomanagement geschlagen wird. Ein weiterer Fokus liegt auf der Methodik zur risikoorientierten Beurteilung der Lage (Rio-BdL), die ausführlich darlegt beziehungsweise mit zahlreichen Beispielen anschaulich und nachvollziehbar erläutert wird. Darüber hinaus werden ausgesuchte, ergänzende Methoden des Risikomanagements sowie ihre Adaption für die polizeiliche Einsatzplanung beschrieben.

Eine weitere Besonderheit des Buches ist sein Übungsteil. Insgesamt neun polizeiliche Standardeinsätze (verdächtige Person, Fahrzeugkontrolle, häusliche Gewalt, Täter am Ort, Ruhestörung, hilflose Person, Versammlung, Wohnungsbrand und Verkehrsunfall), die allesamt schriftlichen Prüfungen des Studiengangs Polizeivollzugsdienst nachempfunden sind,



Einsatzlehre
Polizeiliches Risikomanagement
für den Einsatz
Stefan Kahl (2021)
Verlag C. H. Beck
ISBN 978-3-406-77854-4

werden schrittweise und dezidiert gelöst. Das Werk bietet dadurch eine gute Orientierung für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger.

Zielgruppen des Fachbuchs sind Studierende und Lehrende des Studiengangs Polizeivollzugsdienst an Verwaltungshochschulen, interessierte Polizeipraktikerinnen und -praktiker sowie Studierende und Lehrende der Deutschen Hochschule für Polizei.

Stefan Kahl Abteilung Köln

„Ganz gleich, wie beschwerlich das Gestern war, stets kannst du im Heute von Neuem beginnen.“

Buddha

Impressum

Herausgeber Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, HSPV NRW

Redaktion Sandra Warnecke, Ann-Katrin Pobloth
Heike Lücking (V. i. S. d. P.)

Fotos Nandini International, Dr. Matthias Freise, www.pixabay.com/de/, Polizei NRW, Wolfgang Hübner-Stauf / © Dr. Christos Katzidis, HSPV NRW, stock.adobe.com, www.hrk.de, Verlag C. H. Beck

Satz Isabel Hötte

Den Erscheinungstermin der neuen Ausgabe der „HSPV Aktuell“ finden Sie im [Newsletterkalender](#).

Sie erreichen das Redaktionsteam unter: newsletter@hspv.nrw.de

Stand: 28.01.2022

